

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich 10 Pf. für die Postgebühren. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. In Wilsdruff und Umgebung sind die Abnehmer zu jeder Zeit besorgt. In allen anderen Orten, in denen die Zeitung nicht abgeholt wird, ist die Zustellung durch die Boten zu verlangen. — Rücksendung einzelner Exemplare erfolgt nicht, wenn Post bezahlt.

Wichtigster: Die Hauptredaktion: 20 Holzstraße, die 4. gestrichelte Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Holzstraße, die 2. gestrichelte Zeile im letzten Teil 100 Holzstraße. Nachverfolgungsgeld 20 Holzstraße, 100 Holzstraße. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Nachrichten nicht verantwortlich. Jeder Abbesteller ist verpflichtet, seine Abbestellung rechtzeitig zu erklären. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Nachrichten. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Nachrichten.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 218. — 84. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, 18. September 1925

## Erwachendes Vertrauen?

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Die ganze Welt bemüht sich zurzeit um Sicherheits- und Annäherungsprobleme. Im Vordergrund steht dabei augenblicklich die erste Frage der Sicherheit, über deren Schicksal vermutlich die jetzt geplante Konferenz der Außenminister der Westmächte und Deutschlands entscheiden soll, wenn die Besprechung zustande kommt. Trotzdem wäre es verfehlt, die Bedeutung der sonstigen Annäherungsversuche zu unterschätzen, die vielfach die Folge in manchen Fällen sogar die Voraussetzung für das Gelingen der Sicherheitsversuche darstellt. Ist für sie doch erste Bedingung das gegenseitige Vertrauen, ohne das auch in der Sicherheitsfrage nichts erreicht wird. Das allgemeine Vertrauen der Völker ineinander wurde durch den Krieg vollständig zerstört. Man baute überall Schutzbarren auf, die Grenzmauern wurden und waren undurchdringlich. Dies erklärte sich sogar auf die Wissenschaft, trotzdem gerade hier von allen Seiten ihre Internationalität betont wird. Hier kann man nun den Versuch des französischen Außenministers de Monzie in Berlin als den ersten Schritt auffassen, um trennende Schranken wegzuräumen. Kommt etwas dabei heraus, dann ist nicht nur eine Bresche in die Mauer geschlagen. Diese selbst ist gefallen, da Frankreichs harte Haltung auch sonst vielerorts willigen Völkern Zurückhaltung auferlegte.

Ähnliche Erscheinungen zeigen sich jetzt auch im P a s s e n, das anscheinend vor einer grundlegenden Änderung steht. Vor dem Kriege hatte man fast in der ganzen Welt allgemeine Freizügigkeit. Wenn diese nach dem Kriege nicht wieder eintrat, so war daran einmal das noch nicht wiedergekehrte allgemeine Vertrauen schuld. Aber auch gewisse fiskalische Momente spielten mit. Man wollte sich in einzelnen Ländern nicht die Gebühren für die Schutzvermerke entgehen lassen. Inzwischen ist aber das Verlangen nach Wiederherstellung des alten Zustandes so groß geworden, daß sich dem auch der V ö l k e r b u n d nicht entziehen konnte, dessen technische Kommission direkt beantragt, im nächsten Jahre zur allgemeinen Regelung dieser Frage eine Konferenz einzuberufen. Allerdings hinkt hier der Völkerverbund etwas nach, da zwischen den verschiedenen Staaten in dieser Beziehung schon Einzelregelungen erfolgt sind.

Das Zerreißen aller Fäden durch den Krieg hat sich jedoch am verhängnisvollsten im W i r t s c h a f t s l e b e n geltend gemacht. Wer es noch nicht gewohnt hat, ein wie eng miteinander verflochtenes Gebilde die Weltwirtschaft ist, dem dürften die Erscheinungen der letzten Zeit die Augen endgültig geöffnet haben. Das ist sogar bei denen geschehen, die da glaubten, daß besonders die Sieger im Weltkriege ein abgetrenntes Wirtschaftsleben unter sich führen könnten. So ist es kein Wunder, wenn auch hier wieder eine Art Initiative vom Völkerverbund ausgeht. Es ist wohl kein Zufall, daß die Anregung für eine allgemeine Konferenz, die die Wirtschaftsschwierigkeiten untersuchen soll, die der Wiederaufrichtung eines allgemeinen Wohlstandes entgegensehen, gerade von dem Franzosen Loucheur ausgeht. Nach seiner Auffassung soll zwar dabei keine internationale Konvention ausgearbeitet werden. Aber wenn man erst am Werke ist, dann wird man möglicherweise sehen, daß sie in Betracht gezogen werden muß.

Ob diesjenige recht haben, die da behaupten, daß der französische Vorschlag ein Loosmittel sein soll, um Deutschland den Eintritt in den Völkerverbund schmählicher zu machen und es so besser unter Kontrolle zu halten, das wollen wir hier nicht untersuchen. Soviel wissen wir jedoch, daß man inzwischen eingesehen hat, daß es bei Regelung aller dieser Fragen ohne D e u t s c h l a n d n i c h t g e h t. Wir haben keinen Grund, uns irgendwie hervorzudrängen und uns festlegen zu lassen. Man muß uns kommen. Dies wird uns nicht ungenügend sein, da wir dann Gelegenheit haben, der Welt zu zeigen, wie gerade die Deutschland durch die Bestimmungen des Friedensvertrages jenseitig gewordene Behandlung die Hauptschuld an diesem wirtschaftlichen Wirrwarr trägt, unter dem die Welt zusammenzubröckeln droht. Es geht eben nicht an, einen der wichtigsten Teile des Weltwirtschaftsnetzes herauszureißen und latente zu wollen. Deutschland wird natürlich seine Mitarbeit nicht verlagern, aber es muß verlangen, daß dann wenigstens alle wirtschaftlichen Schranken, die ihm der Vertrag auferlegt, fallen. Wir wollen nur ein Beispiel herausgreifen und an die Fesseln für die d e u t s c h e L u f t s a f a r t erinnern. So liegt es aber noch auf vielen anderen Gebieten. Bei der kommenden Erörterung dieser Frage sollte man auch an D a w e s - A b k o m m e n nicht vorbeigehen, das nicht voll wirksam werden kann, wenn man das Land, das man wirtschaftlich für einen großen Teil der Welt nutzbar machen will, dauernd unter Druck hält. Auf alle Fälle muß das Mißtrauen beseitigt werden, das man bisher allen Handlungen des Völkerverbundes mit Recht entgegengebracht hat.

### Attentat auf Präsident Calles.

Der Attentäter getötet.  
Der Präsident von Mexiko, General Calles, ist zum zweitenmal innerhalb kurzer Zeit mit knapper Not einem

## Die Sicherheitskonferenz am 5. Oktober

### Wortlaut der Einladung.

Berlin, 16. September.  
Die von dem französischen Vizepräsidenten de Margerie in Berlin übergebene Einladung zur Ministerkonferenz über den Sicherheitspakt hat folgenden Wortlaut:  
Bei Übergabe der Note vom 24. August d. J. an Herrn Stresemann war der französische Vizepräsident beauftragt worden, dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten mitzuteilen, daß die französische Regierung in Übereinstimmung mit ihren Alliierten es für zweckmäßig halte, im Falle einer günstigen Aufnahme der bezeichneten Note durch die deutsche Regierung den Abschluß der eingeleiteten Verhandlungen durch eine Zusammenkunft juristischer Sachverständiger und weiterhin durch eine Begleitung der Außenminister der beteiligten Staaten zu beschleunigen. Nach den nunmehr abgeschlossenen Besprechungen der Juristen in London glaubt die französische Regierung und ihre Alliierten, daß die in Frage kommenden Staaten ein gewisses Interesse daran haben, die Verhandlungen nicht in die Länge zu ziehen, und daß der Augenblick gekommen ist, um einen Zeitpunkt für die geplante Zusammenkunft festzusetzen. Für diesen Zweck dürfte das Ende des Monats September oder spätestens die ersten Tage des Monats Oktober eine geeignete Zeit sein. Die Konferenz würde auf neutralem Gebiet, zweckmäßigerweise in der Schweiz, stattfinden, und zwar an einem Ort, über den sich die Regierungen noch zu einigen hätten. Die französische Regierung und ihre Alliierten hoffen zuversichtlich, daß die Beschlüsse der Wünsche der deutschen Regierung entsprechen, und daß diese in der Lage ist, ihnen alsbald ihre Zustimmung mitzuteilen.

Alle Wahrscheinlichkeit nach wird die Reichsregierung in der für nächsten Montag einberufenen Kabinettsitzung die Einladung annehmen. Es soll feststehen, daß Reichsaussenminister Dr. Stresemann Führer der deutschen Delegation sein wird, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß Reichsminister Dr. Luther zu Beginn oder am Ende der Konferenz an den Verhandlungen teilnehmen wird. Durch die Alliierten ist bekanntlich L a s a n n e als Konferenzort vorgeschlagen worden. Es ist kein Geheimnis mehr, daß die deutsche Regierung einen anderen Ort der Schweiz vorziehen würde, und es wird in diesem Zusammenhang davon gesprochen, daß die deutsche Regierung die Absicht habe, den Alliierten Regierungen L u z e r n als Konferenzort in Vorschlag zu bringen.

### Lagungsort Luzern.

In Genf bezeichnet man als den wahrscheinlichsten Termin für den Zusammentritt der Konferenz den 5. Oktober. Von allen Seiten wird darauf Wert gelegt, die Konferenz in einem Lande stattfinden zu lassen, das nicht am Kriege beteiligt war. Unter den neutralen Ländern, die in Betracht kommen, ist die Schweiz wohl am geeignetsten. Strzemecki, der polnische Außenminister, hat dem Vertreter der Schweizerischen Delegation in Genf folgende Erklärung abgegeben: „Die bevorstehende Zusammenkunft zwischen Frankreich, England, Belgien und Deutschland über den Abschluß des Sicherheitspaktes kann von allergrößter Bedeutung sein, weil sie eine Verständigung zwischen Paris und Berlin herbeiführen soll. Man darf im übrigen aber nicht vergessen, daß eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland nicht genügt, um den Frieden zu gewährleisten, wenn nicht gleichzeitig auch eine Verständigung zwischen Berlin und Warschau erreicht wird.“

### Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 16. September.  
Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist zu Mittwoch, dem 23. September, einberufen worden. Der Ausschuss wird sich mit der außenpolitischen Lage, insbesondere mit dem Sicherheitspakt beschäftigen. Es steht zu erwarten, daß die Reichsregierung den Ausschuss über das Ergebnis der

Verhandlungen, die am 23. September eingegangen. Wie aus dem Bericht gemeldet wird, sprach, als der Präsident das Stadion der Stadt Mexiko besuchte, ein Mann von der Galerie. Beim Ausbruch auf den Boden erfolgte eine Explosion. Der Mann wurde in Stücke gerissen, der Präsident blieb unverletzt. Man nimmt an, daß der Attentäter eine Bombe bei sich trug, die durch die Erschütterung beim Ausbrechen explodierte.  
Das erste Attentat auf Präsident Calles wurde im Mai von einer Mexikanerin aus vornehmer Familie versucht. Sie wollte den Präsidenten beim Überreichen eines Blumenstraußes erschlagen. Calles selbst riß ihr im letzten Augenblick den Revolver in die Höhe. Die Attentäterin wurde als geisteskrank freigelassen.  
Calles ist auch in Deutschland kein Unbekannter. Vor seinem Amtsantritt hat er Deutschland einen kurzen Besuch

zur nächsten Montag einberufenen Kabinettsitzung informieren wird.  
Wie bekannt, hat im Anschluß an den Besuch des französischen Vizepräsidenten der englische Geschäftsträger, Botschaftsrat Addison, den Reichsminister der Auswärtigen, Dr. Stresemann, aufgesucht. Mr. Addison überreichte namens der englischen Regierung ebenfalls die Einladung zu der Ministerkonferenz über den Sicherheits-

### Tschechische Angriffe auf die französische Politik in der Paktfrage.

Prag, 17. September. In allen tschechischen Abendblättern äußern sich ernste Befürchtungen über die Gestaltung der Dinge in der Paktfrage. Die Meinung der „Vostok“ ist, daß die Paktfrage tatsächlich vom Abrißpaß völlig getrennt werde und ihre Erörterung einer späteren zeitlich und örtlich getrennten Konferenz vorbehalten sei, hat geradezu Befürchtung hervorgebracht. Die „Narodna Demokracie“ spricht im Anschluß an eine Londoner Meldung der „Narodna Vlast“ davon, daß Frankreich ungenügend sei, daß es dem englischen Standpunkt nachgegeben und Polen und die Tschechoslowakei im Stich gelassen habe. Das Blatt erklärt: Wenn sich diese Meldung bewahrheitet, so bedeutet das eine sehr schwere Niederlage für die auswärtige Politik der Tschechoslowakei. Es fordert infolgedessen kategorisch die endgültige innere Konsolidierung. Ein um so größeres Verbrechen begingen jene, die gleichzeitig in der inneren tschechischen Politik eine Zerspaltung der tschechischen Parteien und damit auch der Presse des tschechischen Volkes herbeiführten.

### Tschitscherin für die Auflösung des Vertrages mit Deutschland.

Paris, 17. September. Ein französisches Finanzblatt veröffentlicht ein groß aufgemachtes Moskauer Telegramm über die angeblich Ende September in Warschau geplante Zusammenkunft zwischen dem polnischen Außenminister Strzemecki und Tschitscherin. Das betreffende Blatt glaubt zu wissen, daß Tschitscherin den Gedanken erwäge, den ganzen Vertrag mit Deutschland zu lösen und ein Abkommen mit Frankreich und Polen herbeizuführen. Strzemecki, der gestern den „Quai d'Orsay“ aufsuchte, soll auch die Warschauer Zusammenkunft zur Sprache gebracht haben. Durch Vermittlung des polnischen Außenministers will Tschitscherin ferner Frankreich ein Kompromiß hinsichtlich der Säuberungsfrage unterbreiten lassen.

### Zur Vertagung der Pariser Wirtschaftsverhandlungen

Paris, 17. September. Ueber die Vertagung der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen wird eine amtliche Erklärung herausgegeben, in der es heißt: Die beiden Delegationen haben festgestellt, daß es zweckmäßig sei, die Verhandlungen auf einer neuen Grundlage wieder aufzunehmen, bei der die bisherigen Arbeiten berücksichtigt werden sollen. Deutschland wird in einer neuen Note seine neuen Vorschläge bekanntgeben, worauf die französische Delegation zweckmäßige Gegenvorschläge unterbreiten wird. Danach werden die mündlichen Verhandlungen wieder fortgesetzt. In gutunterrichteten französischen Kreisen verlautet, daß Deutschland bei den letzten Verhandlungen als Grundlage für eine Verständigung folgendes vorgeschlagen hat: Frankreich steht von der Einteilung der deutschen Warenzufuhr in vier Warenklassen ab, so daß für die Übergangszeit nur drei Warenklassen unterschieden werden sollen. Für die erste Warenklasse soll der jetzige französische Minimalkurs gelten, für die weitere ein Zwischentarif, dessen Höhe zwischen dem Minimal- und Maximalkurs liegen, für die letzte soll der französische Maximalkurs in Anwendung kommen. Bei der Verringerung von vier auf drei Warenklassen soll die bisherige zweite Warenklasse auf die übrigen Warenklassen verteilt werden. Da aber Frankreich an einer Abschwächung der deutschen Warenzufuhr festhält, verlangt Deutschland seinerseits die Meistbegünstigung, die es in den bisherigen Verhandlungen auch schon für das Provisorium zugelassen hatte. Das Provisorium soll etwa nur sechs Monate dauern, worauf der endgültige Handelsvertrag in Kraft treten soll, in dem sich beide Teile die uneingeschränkte Meistbegünstigung zugesprochen haben.

### Neue Erfolge der Riffabyslen.

Schwierige Lage der Landungstruppen.  
London, 16. September.  
In Marokko ist es nach einigen Tagen der Ruhe wieder lebhafter geworden. Die Marokkaner greifen so wohl auf der französischen wie der spanischen Front wieder heftig an, wobei sie weitere Erfolge erzielen. So ist es ihnen gelungen, die Höhen des Bibanemstifts zu durchbrechen, die auf dem Wege des französischen Vor-